

Konzentriert handeln!

Liebe Genossinnen und Genossen,

in den letzten Wochen hat sich das ganze Ausmaß der Finanzmarktkrise gezeigt. Nun ist zunehmend auch die Realwirtschaft betroffen. Noch zeigt sich der Arbeitsmarkt davon wenig berührt, aber Folgen werden nicht ausbleiben. Das gilt auch für den Bundeshaushalt. Für das nächste Haushaltsjahr plant die Große Koalition bereits statt knapp zehn Mrd. Euro nun mit 18,5 Mrd. Euro neuer Schulden. Die Bundesregierung hat unter Federführung von Peer Steinbrück Massnahmen gegen die Finanzmarktkrise entwickelt über die auf den Seiten fünf und sechs berichtet wird. Deutlich ist bei dem Versuch die Auswirkungen der Finanzmarktkrise zu begrenzen, dass es die sozialdemokratischen Bundesminister sind, die die Verantwortung übernehmen und die Initiative ergreifen. Doch neben der Stabilisierung und langfristigen Neuordnung der Finanzmärkte müssen wir uns auch mit den kurzfristigen Auswirkungen auf die Realwirtschaft auseinandersetzen. Das hat die Bundesregierung gemacht. Kein Gießkannenprogramm, sondern gezielte Investitionsmaßnahmen, steuerliche Veränderungen und ein Schutzschirm für Arbeitsplätze wurden beschlossen. Bundeskanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier hat konsequenterweise einen Arbeitsplatz-Schutzschirm für die Europäische Union gefordert.

Außer mit den Auswirkungen der Finanzmarktkrise mussten wir am 16. Oktober 2008 auch

deutschen Engagements in Afghanistan entscheiden. Eine Entscheidung über den Einsatz militärischer Mittel ist eine der schwersten Entscheidungen die ein Bundestagsabgeordneter treffen muss. Auch dieses Mal habe ich für eine Verlängerung des ISAF-Mandates gestimmt. Meine Beweggründe dafür stelle ich euch ab Seite vier da.

Die Ankündigung von vier Genossinnen und Genossen aus Hessen, den ausgehandelten Koalitionsvertrag mit den Grünen nicht mitzutragen und damit auch Andrea Ypsilanti nicht zur Ministerpräsidentin zu wählen, kam für uns alle überraschend. Das so kurz vor dem Abstimmung und erst nach dem Landesparteitag zu sagen war unsolidarisch und nicht in Ordnung. Und ob man daraus eine Gewissensfrage machen kann, ist für mich höchst zweifelhaft. Nun müssen unsere Parteifreunde in Hessen unter wesentlich schwierigeren Bedingungen einen erneuten Anlauf nehmen Roland Koch aus dem Amt zu bringen. Das wird schwer genug. Sie haben dabei unsere ganze Solidarität, denn schließlich ist 2009 für uns ein sehr entscheidendes Wahljahr. Dafür haben wir uns bereits auf unserem außerordentlichen Bundesparteitag am 18. Oktober 2008 in Berlin mit Frank-Walter Steinmeier und Franz Müntefering gut neu aufgestellt. Beide bilden als SPD-Spitzenkandidat und Parteivorsitzender das neue Führungsduo der SPD und haben auf dem Parteitag starke Ergebnisse erhalten. Mit diesem Wind im Rücken und aus den Erfahrungen in Hessen lernend heißt es nun: Den Blick nach vorne,

Segel hart an den Wind und als Mannschaft das Schiff stabil halten, um es als erstes am 27. September 2009 erfolgreich und mit allen an Bord in den Zielhafen zu bringen. Und der heißt Regierung! Auch wenn die momentane Situation mehr als eine steife Brise ist, bin ich mir sicher, dass uns dies gelingen wird, wenn alle mitmachen und wir unsere Beiträge und Aktivitäten mit einem gut organisierten Wahlkampf ganz und gar darauf ausrichten.

Oft sind es dabei auch die Resultate vor Ort, aus denen ich meine Zuversicht schöpfe. Deshalb habe ich mich besonders über die Wahl von Dieter Schönfeld zum Bad Segeberger Bürgermeister am 2. November 2008 gefreut. Das knappe Ergebnis von 45 Stimmen Vorsprung zeigt, dass es gut ist, um jede Stimme zu kämpfen und dass wir auch bei nicht einfachen Rahmenbedingungen Wahlen gewinnen können. Der Wahlkampf für Jutta Hartwig hat es uns ebenfalls vorgemacht.

Noch ist nichts entschieden. Das Rennen ist offen. Es liegt an uns. Und es liegt daran, welche Vorstellungen wir für die Gestaltung Deutschlands haben, wenn es um die Sicherung von Bildung, Arbeit, Gesundheit, Alter, Frieden und Zukunft für unser Land geht. Unser Hamburger Programm ist dabei ein guter Wegweiser.

Seid herzlichst begrüßt




Franz Thönnies, MdB

IN DIESER AUSGABE:

Kurz notiert

2. UN-Behindertenkonvention
2. Unterstützte Beschäftigung
2. Erbschaftssteuer bleibt erhalten

Aktuelles

3. Bahnbörsengang verschoben
3. Maßnahmenkatalog gegen Fachkräftemangel
4. Deutscher Einsatz in Afghanistan
5. Zur Lage der Finanzmärkte
6. Beschäftigung sichern - Investitionen fördern

Aus dem Wahlkreis

9. JAW Bad Segeberg in Bundesförderung aufgenommen
9. Der Bundestag stellt sich vor
9. Termine
10. Zu Gast beim Kreissozialausschuss Segeberg
11. Jugendfeuerwehren aus Segeberg und Stormarn in Berlin
11. Betriebs- und Personalrätetreffen
12. 70. Jahrestag der Reichspogromnacht
13. Artikel aus der Segeberger Zeitung zum Vorlesetag

Zu guter Letzt

14. Gewerkschaftsjunior zu Gast
14. Auf „Wien“ersehen
10. Kontakt
10. Impressum

KURZ NOTIERT

UN- BEHINDERTENKONVENTION



Franz Thönnies redet bei den Vereinten Nationen zur UN-Behindertenkongvention

Am Sitz der Vereinten Nationen wurde am 30. März 2007 der erste menschenrechtliche Vertrag, der die Rechte behinderter Menschen in den Mittelpunkt rückt, unterzeichnet. Ziel des Übereinkommens ist es, die Chancengleichheit behinderter Menschen zu fördern und ihre Diskriminierung zu unterbinden. Das Übereinkommen spezifiziert bestehende Menschenrechte für die Lebenssituation behinderter Menschen. Derzeit befindet es sich zur Ratifizierung im Gesetzgebungsprozess im Deutschen Bundestag. In Kraft treten soll es zum 1. Januar 2009. „Dieses Abkommen ist ein Meilenstein für Menschen mit Behinderungen. Viele kommen dadurch zum ersten Mal überhaupt in den Genuss von Bürger- und Menschenrechten. Die Konvention macht unmissverständlich klar, dass diese Rechte allen Menschen in gleicher Weise zustehen.“ erläutert Thönnies die Reichweite des Abkommens. „Es war 2007 eine große Ehre für mich, im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands, für

die Europäische Union in New York vor den Unterzeichner-Staaten zu diesem wichtigen Themenfeld zu sprechen und ich freue mich, dass dieser Prozess mit der bevorstehenden Ratifizierung des Vertrages durch den Deutschen Bundestag nun eine weitere wichtige Etappe abschließt. Danach geht es darum die Konvention vor Ort mit Leben zu erfüllen und erfahrbar zu machen“, so Thönnies weiter.

Am 13. November 2008 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Einführung der „Unterstützten Beschäftigung“ beschlossen. Sein Ziel ist es, behinderten Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf eine angemessene, geeignete und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ermöglichen und zu erhalten. Um dies zu erreichen, soll es eine zwei Jahre dauernde individuelle, betriebliche Qualifizierungsphase geben, und diese umfasst eine individuelle betriebliche Qualifizierung und bei Bedarf Berufsbegleitung.

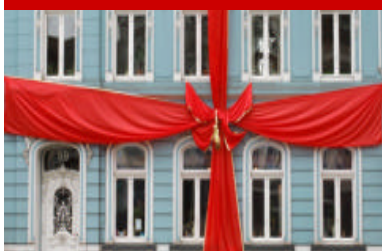
Das Angebot richtet sich besonders an Schulabgänger aus Förderschulen, die für eine berufsvorbereitende Maßnahme nicht in Betracht kommen, bei denen aber die Prognose besteht, dass ein Beschäftigungsverhältnis dennoch gelingen kann. Um so genannte Werkstattkarrieren zu vermeiden, muss Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit gegeben werden, ihren Lebensunterhalt außerhalb von Werkstätten für behinderte Menschen zu verdienen.

Franz Thönnies: „Modellversuche haben uns erfolgreich gezeigt, dass es über diesen Weg gut gelingen kann, einen Arbeitsplatz im 1. Arbeitsmarkt zu erhalten.“

UNTERSTÜTZTE BESCHÄFTIGUNG



ERBSCHAFTSSTEUER BLEIBT ERHALTEN



Es ist ein sozialdemokratischer Erfolg, dass die Erbschaftssteuer den Bundesländern erhalten bleibt. Versuche, sie abzuschaffen, haben wir genauso erfolgreich abgewehrt wie die Ansätze der CSU, sie zu regionalisieren, um ihr auf diesem Umweg jedenfalls mittelfristig den Sargnagel zu verpassen. Damit kommen den Ländern weiterhin 4 Mrd. € zu Gute, die sie für gute Bildung, für die Kinder und für eine gute Zukunft einsetzen können. Auch wenn durch den gefundenen Kompromiss neue verhaltensanpassungsabhängige Elemente Eingang in die Erbschaftssteuer gefunden haben, die nicht vollständig bezifferbar sind, wird nicht nur das von uns als Ziel vorgegebene Aufkommen von 4 Mrd. € erreicht werden, sondern die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer werden weiter wachsen. Ein

ganz wichtiger Erfolg ist es, dass sich künftig die Bewertung aller Vermögensarten einheitlich am wirklichen Wert (Verkehrswert) orientiert und das wir durchgesetzt haben, dass Ehen und eingetragene Lebenspartnerschaften im Gesetz gleichbehandelt werden. Auch wenn einige Zugeständnisse gemacht werden mussten, so hat es sich gelohnt, für die Beibehaltung der Erbschaftssteuer zu kämpfen. Die neuen Regelungen treten zum 1. Januar 2009 in Kraft.

Bahnbörsengang verschoben SPD geht verantwortungsbewusst mit Staatseigentum um

Das Bundesfinanzministerium und die Deutsche Bahn haben angesichts der extremen Unsicherheiten an den Finanzmärkten und zur Wahrung eines fairen Preises entschieden, den Börsengang der DB Mobility Logistics AG bei einem besseren Marktumfeld vorzunehmen.

Ein erfolgreicher Börsengang zu einem aus Emittentensicht fairen Preis soll die Kapitalbasis der DB ML AG festigen und damit zu einer nachhaltigen Stärkung der Wettbewerbsposition der Deutschen Bahn beitragen. Ein

Börsengang "um jeden Preis" würde demgegenüber die Bahn schwächen statt sie zu stärken. Die Entscheidung, den Börsengang erst bei besseren Rahmenbedingungen vorzunehmen stellt den Börsengang als solchen nicht in Frage. Die Vorbereitungen werden fortgeführt.

Von den Erlösen der Teilprivatisierung verbleiben zwei Drittel bei der Deutschen Bahn AG. Davon fließt eine Hälfte in die Stärkung des Eigenkapitals des Unternehmens. Die andere Hälfte steht für Investitionen in den

Schiienenverkehr bereit. Durch dieses frische Geld kann die Bahn ihre gute Wettbewerbsposition innerhalb und außerhalb Europas weiter verbessern. Der Umbau zu einem globalen Logistikunternehmen wird vorangetrieben und Arbeitsplätze in Deutschland werden langfristig gesichert.

Thönnnes: „Die Teilprivatisierung der Bahn ist kein Selbstzweck, und um die mit ihr verbundenen Ziele zu erreichen muss sie in einem stabilen Marktumfeld geschehen. Deshalb begrüße ich die vom sozialdemokratischen Verkehrsminister getroffene Entscheidung.“

Maßnahmenkatalog gegen Fachkräftemangel

Experten sind sich einig: Wenn nichts geschieht, wird es bis 2015 einen generellen Mangel an Fachkräften und Hochqualifizierten in Deutschland geben.

Thönnnes: „Die positive Arbeitsmarktentwicklung mit einer derzeitigen Arbeitslosenquote von 4,8 Prozent im Kreis Segeberg und 3,9 Prozent in Stormarn lässt bereits erste Anzeichen hierfür deutlich werden.“ Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion nun ein Maßnahmenpaket vorgelegt, mit dem die Bildungsanstrengungen verstärkt und das Fachkräftepotential ausgeschöpft werden sollen.

„Hintergrund der Prognosen ist die demographische Entwicklung. Die Nachfrage an ausgebildeten Fachkräften steigt, während die Zahl der Erwerbspersonen kontinuierlich sinkt. Dieses Problem können wir nur mit bildungs- und beschäftigungspolitischen Ansätzen lösen. Ziel muss es sein, den Menschen eine bessere Bildung zu ermöglichen, die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer zu erhalten und die Berufstätigkeit von Frauen, Älteren sowie Migrantinnen und Migranten weiter zu erhöhen“, beschreibt Franz Thönnnes, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und

Soziales, das Maßnahmenpaket.

Seitdem die SPD regiert, habe man bereits viele Maßnahmen umgesetzt, um diese Ziele zu erreichen. Dazu zählten das 4-Milliarden-Euro-Ganztagsschulenprogramm, der Ausbildungsakt, der Hochschulakt 2020, die BAföG-Novellen, das Bundesgleichstellungsgesetz oder der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr. „Damit haben wir allerdings nur einen Teil der Strecke zurückgelegt. Klar ist, wir sind noch lange nicht am Ziel. Um die Fachkräftebasis zu sichern, hat die SPD-Bundestagsfraktion insgesamt 60 Vorhaben beschlossen, die in den nächsten beiden Legislaturperioden umgesetzt werden sollen“, so Thönnnes weiter.

Die wichtigsten Vorhaben sind:

- Die Reform des „Meister-BAföGs“. Die Novellierung soll noch in diesem Jahr erfolgen. Die förderfähigen Fortbildungen sollen erweitert, Förderleistungen verbessert und Förderlücken geschlossen sowie die Familienförderung ausgebaut werden.
- Der Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Hauptschulabschlusses. Damit werden mehr Chancen zur nachholenden Qualifizierung geschaffen.
- Der Hochschulpakt II. Bis 2015 sol-

len 200.000 zusätzliche Studienplätze geschaffen werden. Das Hochschulstudium soll auch für beruflich qualifizierte möglich werden.

- Die Umsetzung eines Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes. Alle Menschen sollen die Möglichkeit erhalten, Qualifikationen und Kompetenzen durch lebenslanges Lernen zu erhalten und auszubauen.

- Die Erarbeitung eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft. Frauen sollen gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit bekommen.

„Es klingt paradox, dass die in der SPD-Regierungszeit eingeleitete gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt die Situation noch verschärft. Einen Fachkräftemangel kann Deutschland sich aber nicht leisten. Mit den verabschiedeten Maßnahmen geht die SPD-Bundestagsfraktion entschlossen vor. Wir müssen die Menschen, ihre Fähigkeiten und Chancen, fördern. Nur so können wir Innovation und damit den Wohlstand sicherstellen“, bekräftigt Thönnnes.

Mehr Informationen zu diesem Thema findet man unter:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,44282,00.html



Deutscher Einsatz in Afghanistan

Perspektive für Frieden und Sicherheit schaffen

Am 17. Oktober 2008 wurde der Antrag der Bundesregierung auf Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der NATO-geführten internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) für weitere 14 Monate vom Bundestag beschlossen.

Der Tatsache bewusst, dass es nach 23 Jahren Bürgerkrieg und Taliban-Herrschaft keine einfache und keine rasche Lösung für das Problem Afghanistan gibt, hat die Große Koalition der Verlängerung des Einsatzes zugestimmt. Die Entscheidung für oder gegen einen internationalen Ein-



satz fällt niemandem leicht. Jeder weiß, die Arbeit in Afghanistan ist nicht einfach und alles andere als ungefährlich. Dennoch ist die Bundesrepublik Deutschland hier im Wort. Es geht im Kern um zwei Dinge: um die Zukunft Afghanistans und um unsere eigene Sicherheit.

In Reaktion auf die in der deutschen Öffentlichkeit immer kritischere Diskussion des deutschen Engagements in Afghanistan wurde im Oktober 2006 die „Task Force Afghanistan“ als Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion mit dem Ziel gebildet, die Entwicklung in Afghanistan aufzuarbeiten. Es ging darum, nicht die Augen vor Fehlentwicklungen oder Tendenzen, die problematisch sind, zu verschließen, sondern den Ursachen hierfür nachzugehen und die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserungen der Lage zu benennen und bei der Regierung einzufordern. Der Abschlussbericht vom 7. September 2007 unterstreicht das Interesse Deutsch-

lands an einer Stabilisierung Afghanistans, am friedlichen Wiederaufbau sowie an einem langfristigen Engagement, das dazu führt, dass Afghanistan nicht wieder zum sicheren Hafen für Terroristen wird.

Unter

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0_8816.00.pdf kann man die von der „Task Force Afghanistan“ erarbeitete Broschüre herunterladen.

Die internationale Gemeinschaft sieht sich dabei gewaltigen Herausforderungen gegenüber. Fehlentwicklungen und Rückschläge sind nicht zu übersehen: Die Sicherheitslage hat sich seit 2005 verschlechtert. Auch das Drogenproblem und die Korruption in der Regierung und Verwaltung Afghanistans fordern gewaltige Anstrengungen, um

den Trend umzukehren. Die veränderte Sicherheitslage erfordert einen schnelleren Aufbau afghanischer Sicherheitsstrukturen und eine Verstärkung des deutschen Engagements bei der Ausbildung von afghanischer Polizei und Armee. Dazu war die Erhöhung der Obergrenze des deutschen ISAF-Kontingents auf 4.500 nötig. Die Mittel für den Polizeiaufbau werden in diesem Jahr auf 35,7 Millionen Euro verdreifacht.

Der Einsatz von ISAF in Afghanistan ist unverzichtbar für die Schaffung eines sicheren Umfeldes, in dem langfristig Stabilisierung und Entwicklung stattfinden können. Insofern verfolgt ISAF keine militärische, sondern eine politische Zielsetzung. In der Öffentlichkeit werden jedoch vorwiegend die militärischen Aspekte des Engagements diskutiert. Die Erfolge, die politisch und beim Aufbau erreicht wurden, geraten dabei oft aus dem Blickfeld. In einer unvoreingenommenen Bilanz dürfen aber auch sie

nicht fehlen. Dazu gehören die Durchführung von freien Wahlen und die Entstehung von Verfassungsorganen. Seit Januar 2004 hat Afghanistan mit Hamid Karzai einen frei gewählten Staatspräsidenten, seit September 2005 gibt es auch erstmals ein in freien und allgemeinen Wahlen bestimmtes Abgeordnetenhaus. Afghanistan hat eine Verfassung, die den Frauen und Mädchen gleiche Rechte wie den Männern einräumt. Der Rückgang der Kindersterblichkeit und die Tatsache, dass mittlerweile 85% der Afghanen Zugang zur medizinischen Versorgung haben, zeigen beispielhaft, dass das Gesundheitswesen bedeutsame Fortschritte gemacht hat. Erfolge gibt es auch im Bildungsbereich: 75% der Jungen und 35% der Mädchen gehen inzwischen zur Schule. Seit 2001 wurden landesweit 3.500 Schulen gebaut, die Zahl der Schülerinnen und Schüler hat sich auf rund sechs Millionen mehr als verfünffacht. Die afghanische Wirtschaft kommt voran: Die Exporte steigen, das Bruttoinlandsprodukt wächst jährlich mit zweistelligen Raten. Das Pro-Kopf-Einkommen hat sich in den letzten fünf Jahren auf rund 220 Euro verdoppelt. Auch wenn diese und weitere Fortschritte nicht ausreichen, sie eröffnen den Afghanen neue Chancen.

Die afghanische Bevölkerung vertraut auf deutsche Hilfe und die internationale Gemeinschaft auf unsere Solidarität um den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Ein Abzug zum jetzigen Zeitpunkt würde die geleistete Arbeit in Frage stellen und erhebliche negative Folgen haben: Für die Afghanen und unsere Partner wie für uns selbst. Verantwortbar ist dies erst, wenn sichergestellt ist, dass Afghanistan aus eigener Kraft für Frieden und Sicherheit seiner Bevölkerung sorgen kann. Wir haben ein nachdrückliches Interesse daran zu verhindern, dass Afghanistan wieder zu einem Rückzugsraum für Terroristen werden kann. Ein Scheitern des Wiederaufbauprozesses hätte fatale Folgen für die afghanische Bevölkerung und kann sich unmittelbar auf unser Land auswirken.

Afghanistan

Teil 2

Franz Thönnnes teilt völlig die Auffassung, die Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul am 16. Oktober im Deutschen Bundestag in Ihrer Rede vertreten hat: „Die Konsequenz eines Rückzugs wäre ein Bürgerkrieg, in dem auch Frauen massakriert würden. Ich habe 2001 versprochen, dass wir an der Seite der afghanischen Frauen stehen werden und es auch bleiben. Ich stehe zu dieser Verpflichtung und fühle mich daran gebunden. Wenn ich das sagen darf: Links bedeutet aus meiner Sicht, dazu beizutragen die Freiheitsrechte der Menschen auszuweiten, wo auch immer sie leben. Wenn das in Afghanistan geschehen soll, bedeutet das dazu beizutragen, dass niemand, auch Frauen nicht, die entrechtet sind massakriert wird. Links bedeutet nicht, sich herauszuhalten, sondern an der Seite der Menschen zu stehen. Das ist meine feste Überzeugung.“

Zur Lage der Finanzmärkte

Konsequent handeln - Strukturen nachhaltig ändern

Die aktuelle Krise auf den internationalen Finanzmärkten zeigt, dass wir klare Regeln und größere Transparenz für die Finanzmärkte brauchen. In Deutschland und Europa ist schon eine Menge getan worden, um Risiken abzufangen.

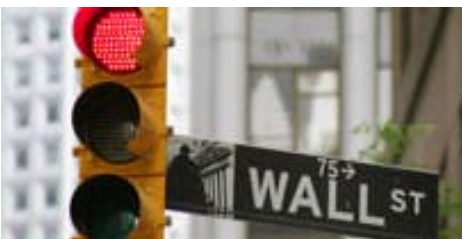
Deutschland ist als starker Industriestandort weniger abhängig vom Finanzsektor als der angelsächsische Wirtschaftsraum, zudem ist der deutsche Kreditmarkt mit seinen auf drei Säulen ruhenden Universalbanken krisenfester. Doch obwohl Deutschland mit seinem Bankensystem gut aufgestellt ist, wird sich die Finanzkrise auch auf die deutsche Volkswirtschaft auswirken.

Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte

Das Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Finanzmärkte und zur Vermeidung negativer Auswirkungen auf die Realwirtschaft soll vor allem für neues Vertrauen auf den Märkten sorgen. Dabei geht es nicht um den Schutz von Bankinteressen sondern um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Denn ein stabiler Finanzmarkt ist ein öffentliches Gut: für kleine und große Unternehmen, für Gemeinden, für jeden, der private Altersvorsorge betreibt und für alle Sparer. Die Hilfen für die Banken werden nur mit strengen Auflagen für Finanzinstitutionen und Manager gewährt.

Die Funktionsfähigkeit des deut-

schen Finanzsystems leidet unter den Auswirkungen der gegenwärtigen Finanzmarktkrise. Da sich die Finanzmarktkrise zunehmend auch auf die Realwirtschaft durchschlägt, hat die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, die die Stabilität und die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems gewährleisten. Bundesbürgschaften über 400 Milliarden Euro sollen - gegen eine angemessene Gebühr - den Kreditverkehr der Banken wieder in Gang bringen. Denn nur wenn sie selbst liquide sind, können die Banken die übrige



Wirtschaft weiter mit Kapital versorgen. Bei diesen Garantien muss der Bund lediglich dann eintreten, wenn es bei den Krediten von Bank zu Bank tatsächlich zu Ausfällen kommt. Für diese Fälle plant der Bundesfinanzminister vorsorglich fünf Prozent der Bürgschaftssumme, also 20 Milliarden Euro, im Haushalt ein. 80 Milliarden Euro gibt der Bund der Branche unter Auflagen für Kapitalhilfen und kauft problematische Kredite auf.

Das Paket baut auf dem am 12. Oktober 2008 beschlossenen Aktionsplan der Staats- und Regierungs-

chefs der 15 Euroländer, Großbritannien, der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission auf. Die Bundeshilfen sind bis Ende 2009 befristet und mit strengen Auflagen verbunden.

Die wesentlichen Maßnahmen des Gesetzes:

Finanzmarktstabilisierungsfonds

Die Finanzkrise darf nicht mit voller Wucht auf die Realwirtschaft durchschlagen. Es wird deshalb ein breiter Absicherungsschirm mit einem Volumen von 500 Milliarden Euro gespannt. Mit Hilfe eines „Finanzmarktstabilisierungsfonds“ können in einem beschränkten Zeitraum zielgerichtete Maßnahmen finanziert werden, von denen jedes Finanzinstitut in Deutschland Gebrauch machen kann. Der Fonds wird vom Bundesfinanzministerium gesteuert und durch die Deutsche Bundesbank verwaltet.

Maßnahmen für beschränkte Zeit

Der Finanzsektor muss stabilisiert werden. Deshalb wird mit dem Gesetz dafür gesorgt, dass die Rekapitalisierung von Unternehmen des Finanzsektors wieder funktioniert - sich die Banken also untereinander wieder Geld leihen. Die Banken müssen darauf vertrauen, dass sie ihr Geld zurückgezahlt bekommen, wenn

Finanzmarkt

2. Teil

sie einer anderen Bank einen Kredit gewähren. Im Maßnahmenpaket sind für diese Finanzierungsgeschäfte Garantien des Bundes vorgesehen, damit das Vertrauen in die Märkte wieder wachsen kann.

Wenn der Bund staatliches Geld zur Verfügung stellt, um das Eigenkapital der Banken zu stärken (sogenannte „Rekapitalisierung“), dann ist es damit nicht weg. Der Staat erhält im Gegenzug Anteile an Banken oder Aktien – und damit Bestimmungs- und Mitspracherechte. Ein weiterer möglicher Weg ist, problematische Vermögenswerte aufzukaufen und sie so zeitweise aus den Bankbilanzen zu nehmen.

Hilfe ist keine Einbahnstraße

Manager müssen Auflagen in Kauf nehmen, wenn sie unter diesen Absicherungsschirm wollen. Neben der angemessenen Vergütung für die Hilfen wird es für jedes Unternehmen, das Unterstützung braucht:

- eine Höchstgrenze für Vorstandsbezüge von 500.000 Euro geben müssen
- einen Verzicht auf Bonuszahlungen geben müssen
- einen Verzicht auf Dividendenausschüttungen geben müssen.

Sichere Sparguthaben

Die wichtige Nachricht für Sparerinnen und Sparer: Ihre Spareinlagen sind sicher. Die Einlagensicherung wurde von der Bundesregierung bereits verbessert und garantiert. Die Einlagensicherung gewährleistet in einem gewissen Umfang die Rückzahlungs-

ansprüche der Kunden eines Kreditinstituts, falls das Kreditinstitut nicht in der Lage sein sollte die Einlagen des Kunden zurückzuzahlen. Deutschland wird nicht in eine Situation wie Island kommen. Konten werden nicht eingefroren. Die Arbeitsplätze in der Realwirtschaft werden gesichert.

Neue Bilanzierungsrichtlinien

Die Bilanzierungsrichtlinien für Banken werden neu gefasst, damit die Institute flexibler auf die mit der Finanzmarktkrise verbunden Belastungen reagieren können. Die neuen Vorschriften sollen bereits für das begonnene 3. Quartal dieses Jahres gelten.

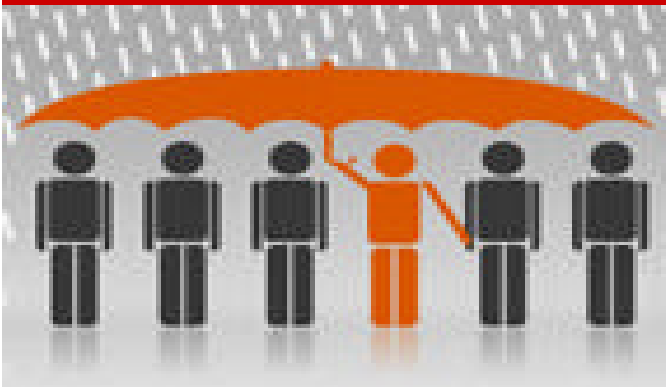
Klare Regeln und mehr Transparenz

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat die Forderung nach klaren Regeln und mehr Transparenz für die Finanzmärkte bereits Anfang 2007 während der deutschen EU- und der G 7-Präsidentschaft auf die Tagesordnung gesetzt. Nun erkennen auch die Amerikaner und die Briten die Notwendigkeit von stärkerer und effektiverer Regulierung. Was vor kurzem noch bei Vielen als weltfremde Spinnerei galt, z. B. Verbot von Leerverkäufen, Regulierung von Finanzmärkten und effektive Aufsicht, setzt sich nun auch im anglo-amerikanischen Raum durch. Wir haben mit Peer Steinbrück einen Finanzminister, der beharrlich sozialdemokratische Positionen durchsetzt. Die SPD will weiterhin für mehr Transparenz und Stabilität auf den globalen Finanzmärkten sorgen. Die am 27. Oktober 2008 vorgelegt Vorschläge einer Arbeitsgruppe der SPD findet man unter:

http://www.spd.de/show/1760590/031108_projektbericht_fina_nzmaerkte.pdf

Schutzschirm für Arbeitsplätze

Beschäftigung sichern - Investitionen fördern



Mit dem Beschäftigungspaket, das das Bundeskabinett am 5. November 2008 beschlossen hat, ergänzen wir das bereits von der Bundesregierung am 7. Oktober beschlossene Maßnahmen zur Entlastung der Bürgerinnen und

Bürger. Mit diesen Maßnahmen sind wir auf einem guten Weg, die Investitionsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten und kleinere und mittlere Unternehmen zu stärken. Wir schaffen mit diesen Maßnahmen die Voraussetzungen für die rasche Überwindung der Konjunkturschwäche und für die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Entlastung der Bürgerinnen und Bürger

Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger

Zum 1. Januar 2009 steigt das Wohngeld von durchschnittlich 92 Euro monatlich auf 142 Euro. Profitieren werden rund 800.000 Haushalte, darunter etwa 300.000 Rentnerhaushalte. Um insbesondere einkommensschwache Menschen von steigenden Energiekosten zu entlasten, gibt es rückwirkend zum 1. Oktober 2008 für einen Einzelpersonen-Haushalt eine Heizkostenpauschale von 100 Eu-

Beschäftigung sichern - Investitionen fördern

Teil 2

ro, ein Zwei-Personen-Haushalt erhält 130 Euro.

Mehr Kindergeld

Zum 1. Januar 2009 erhöhen wir für das erste und zweite Kind die monatlichen Zahlungen von 154 Euro auf 164 Euro. Für das dritte Kind um 16 Euro auf 170 Euro, für vierte und weitere Kinder von 179 Euro auf 195 Euro. Besonders Familien mit kleinen und mittleren Einkommen kommt die Kindergelderhöhung zu Gute. Seit unserer Regierungsübernahme haben wir das Kindergeld damit zum vierten Mal erhöht - von 112 Euro auf 164 Euro monatlich. Kinder, deren Eltern ALG II oder Sozialhilfe beziehen, lassen wir nicht im Regen stehen. Sie erhalten jeweils zum Schuljahresbeginn zusätzliche Leistungen für den Schulbedarf von 100 Euro bis zum Abschluss der 10. Klasse. Mit diesem Schulbedarfspaket sollen insbesondere die persönliche Schulausstattung wie Schulranzen, Schreib- und Rechenmaterialien bezahlt werden können.

Mehr Netto vom Brutto

Zum 1. Januar 2009 sinkt der Beitragsatz in der Arbeitslosenversicherung auf 2,8 Prozent. Innerhalb von 24 Monaten haben wir damit den Beitragsatz mehr als halbiert. Ende 2006 lag er noch bei 6,5 Prozent. Wir entlasten die Beitragszahler damit um über 30 Mrd. Euro. Bei einem Jahres-Brutto-Einkommen von 30.000 Euro ist das für die Beschäftigten eine Entlastung von 555 Euro im Vergleich zu 2006.

Steuerabzug von Vorsorgeaufwendungen

Zum 1. Januar 2010 werden wir den Steuerabzug von Vorsorgeaufwendungen für die Kranken- und Pflegeversicherung deutlich verbessern. Die Bürgerinnen und Bürger werden dadurch um 9 Mrd. Euro entlastet.

Mehr Anreize für private Haushalte

Bessere Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen und Beschäftigungsverhältnisse

Wer profitiert wie vom Maßnahmenpaket?



Wir wissen, dass für Familien die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von höchster Bedeutung ist. Deshalb ist es neben der Kindergelderhöhung ebenso wichtig, die steuerliche Berücksichtigung familienunterstützender und pflegebegleitender Dienstleistungen zu vereinfachen und die Spielräume für die Inanspruchnahme solcher Hilfen zu erhöhen. Um Familien besser bei der Bewältigung des Alltages zu unterstützen, werden wir die steuerliche Förderung deutlich, auf einheitliche 20 Prozent der Aufwendungen, ausweiten.

Verbesserte Absetzbarkeit von Handwerksleistungen

Um private Haushalte zu entlasten und Schwarzarbeit zu bekämpfen, wird die Absetzbarkeit von Handwerksleistungen bei Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen ausgeweitet. Der Steuerbonus wird auf 20 Prozent von 6.000 Euro zum 1. Januar 2009 verdoppelt, also auf bis zu 1.200 Euro.

Befreiung von der Kfz-Steuer

Für PKW mit Erstzulassung ab dem 5. November 2008 befristet bis zum 31. Dezember 2010 führen wir eine Kfz-Steuerbefreiung für ein Jahr ein. Wir wollen damit eine Kaufzurückhaltung bis zur Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Verbrauch auflösen. Für Fahrzeuge, die die Euro-5 und Euro-6-Norm erfüllen, verlängert sich die maximale Kfz-Steuerbefreiung auf zwei Jahre ab Erstzulassung.

Impulse für mehr Investitionen und Energieeffizienz

Aufstockung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms

Um zusätzliche Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden anzustoßen, werden die Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und andere Maßnahmen um 3 Mrd. Euro für die Jahre 2009 bis 2011 aufgestockt. Mit eingeschlossen ist sowohl die Initiative „Wirtschaftsfaktor Alter“, mit der der altersgerechte Umbau von Wohnraum durch die KfW gefördert wird, als auch der Investitionspakt zwischen Bund, Län-

Beschäftigung sichern - Investitionen fördern

Teil 3

dem und Gemeinden zur energetischen Sanierung von öffentlichen Einrichtungen, wie z. B. Schulen, Kindergärten, Sportstätten und auch von Großsiedlungen.

Aufstockung von Infrastruktur- und Wirtschaftsstrukturprogrammen

Für wichtige Infrastrukturvorhaben strukturschwacher Kommunen werden die Infrastrukturprogramme der KfW um 3 Mrd. Euro aufgestockt. Die Zinskonditionen werden dabei für einen befristeten Zeitraum besonders günstig gestaltet. Außerdem sollen die Bundesländer im Rahmen ihrer Kommunalaufsicht dafür sorgen, dass auch finanzschwache Kommunen auf das Programm zugreifen können. Um die Finanzmittel zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zu erhöhen stellt der Bund den Ländern zusätzlich 200 Mio. Euro zur Verfügung.

Auflegung eines „Innovations- und Investitionsprogramms Verkehr“

Um dringliche Verkehrsinvestitionen beschleunigt umsetzen zu können, wird ein „Innovations- und Investitionsprogramm Verkehr“ mit einem Volumen von insgesamt 2 Mrd. Euro für die Jahre 2009 und 2010 aufgelegt. Berücksichtigung finden das Programm „Schiene“ sowie Maßnahmen für Lärmschutz, zur Instandhaltung und zum Ausbau von Bundesfernstraßen und zur Substanzerhaltung von Wasserstraßen. Damit werden gezielt konjunkturelle Akzente gesetzt. Weiterhin sollen Straßenbauprojekte, die bereits grundsätzlich als geeignet für eine öffentlich-rechtliche Partnerschaft identifiziert worden sind, beschleunigt umgesetzt werden.

Bessere Abschreibungsmöglichkeiten

Zum 1. Januar 2009 führen wir die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Höhe von 25 Prozent ein. Die Regelung ist befristet auf zwei Jahre. Mit dieser Maßnahme fördern wir gezielt neue Investitionen von

Unternehmen. Ebenfalls befristet für zwei Jahre ist die erweiterte Sonderabschreibung für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) möglich. Hierbei werden die relevanten Betriebsvermögens- und Gewinn Grenzen auf 335.000 Euro bzw. 200.000 Euro erhöht.

Förderung ökoeffizienter Fahrzeuge

Wir wollen die Entwicklung und Verbreitung ökoeffizienter Fahrzeuge fördern und dabei gleichzeitig der Automobilbranche diesen Anpassungsprozess erleichtern: Wir werden die Umstellung der Kfz-Steuer auf eine CO₂- und schadstoffbezogene Besteuerung mit Wirkung ab 2011 zügig vorantreiben und auf eine Übertragung der Kfz-Steuer auf den Bund hinwirken. Auf europäischer Ebene werden wir darauf drängen, die angestrebte Regelung der CO₂-Emissionen von Pkw ab 2012 so auszugestalten, dass die Belastungen für die Automobilindustrie verkraftbar sind.

Entwicklung moderner Fahrzeugtechnologie

Wir wollen erreichen, dass die Finanzierungsziele der Europäischen Investitionsbank (EIB) für Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationskredite von 7,2 Mrd. Euro in 2007 auf 10 Mrd. Euro in 2009 aufgestockt werden, um u. a. die Entwicklung moderner Fahrzeugtechnologie voranzutreiben. Darüber hinaus wollen wir erreichen, dass das jährliche Kreditvolumen der EIB zur Unterstützung von KMU von ca. 5 Mrd. Euro in 2007 auf jeweils 8 Mrd. Euro in 2009 und 2010 erhöht wird, wovon kleinere Zulieferer der Automobilindustrie profitieren würden.

Innovationsförderung

Um insbesondere auch in schwierigeren Zeiten generell Innovationen und Energieeffizienz zu fördern, wird die

KfW ihre bisherigen Maßnahmen im Bereich der Innovationsförderung und -umsetzung deutlich verstärken. Gleichzeitig wird die KfW ihr Angebot an Beteiligungskapital aufstocken, damit junge innovative Unternehmen einfacher zu einer Anschlussfinanzierung finden.

Sicherheitsnetz für Beschäftigte

Beschäftigungssicherung mit Weiterqualifizierung verknüpfen

Das Sonderprogramm für ältere und geringqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (WegeBau) wird flächendeckend ausgebaut, um durch berufsbegleitende Weiterbildung Entlassungen zu verhindern.

Mehr Vermittler

Wir schaffen 1.000 zusätzliche Vermittlerstellen in den Agenturen für Arbeit, damit die Vermittlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verbessert wird, die sich in der Kündigungsphase befinden (Job-to-Job-Vermittlung).

Verlängerung des Kurzarbeitergeldes

Befristet auf ein Jahr werden wir die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld von bisher 12 Monaten auf 18 Monate verlängern. Die Phase der Kurzarbeit soll möglichst für die Weiterqualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern genutzt werden können.



Vor dem Hintergrund einer sich abschwächenden Konjunktur handeln wir in der Großen Koalition entschlossen und zielstrebig. Wir tun alles, um Arbeitsplätze zu sichern, kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen und die Konjunktur zu stärken. Die Maßnahmen der Bundesregierung fördern in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen und Aufträge von Unternehmen, privaten Haushalten und Kommunen in einer Größenordnung von rd. 50 Mrd. Euro.

JAW Bad Segeberg in Bundesförderung aufgenommen

Initiative „Jugend und Chancen – Integration fördern“

Mit der Initiative „Jugend und Chancen – Integration fördern“ baut das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ab September 2008 das Programm des Europäischen Sozialfonds (ESF) „Schulverweigerung – die zweite Chance“ zur Senkung der Schulabbrecherquote erheblich aus. „Schüler, die auf Grund hartnäckiger Schulverweigerung ihren Schulabschluss gefährden, werden in das Regelschulsystem reintegriert und erhalten damit eine Gelegenheit auf die Erlangung des Schulabschlusses“, beschreibt SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär Franz Thönnnes das ESF-Programm. „Es freut mich sehr, dass das Jugendaufbauwerk (JAW) in Bad Segeberg sich erfolgreich für dieses Programm beworben hat und nun in die Förderung aufgenommen wird“, so Thönnnes. In der letzten ESF-Förderperiode haben bereits 74 Projekte mit ihrer erfolgreichen Arbeit begonnen. In 2008 wird nun mit dem Ausbau des Netzwerks auf 200 Standorte mit Hilfsangeboten für schulverweigernde Schülerinnen und Schüler, ihre Eltern sowie für Lehrkräfte begonnen. Dafür stehen bis 2011 über 84 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung. Das Jugendaufbauwerk in Bad Segeberg führt arbeitsmarktpolitische orientierte Maßnahmen nach den Richtlinien des Programms Arbeit für Schleswig-Holstein ASH 2000 und im Rahmen europäischer Projektbeteiligungen durch. Ziel ist zum Beispiel in den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen die Herstellung der Ausbildungs- beziehungsweise Berufsreife zur dauerhaften Eingliederung in das Beschäftigungssystem. Dabei werde bei den Jugendlichen einer tragfähige Lern- und Leistungsmotivation aufgebaut, Eigenverantwortung, Selbstständigkeit, Lern- und Entscheidungskompetenz und Teamfähigkeit gefördert. Fach-, Methoden-, Lern und Sozialkompetenz wird in Werkstatt, Berufsschule, Internat, und in betrieblichen Praktikumsstellen von Wirtschaft und Verwaltungen vermittelt. Thönnnes: „Mit diesem Angebot geben wir den Jugendlichen eine zweite Chance, die ihnen als Brücke in Ausbildung und Arbeit und damit einer eigenen Existenzgrundlage dient. Spätere staatliche Transferzahlungen können somit auch vermieden werden.“

WAHLKREISTERMINE

- **Samstag 29. November 10.00 Uhr: SPD-Wahlkreiskonferenz „Bundestagswahl“, im Margaretenhoff, Sengel 1 in 24629 Kisdorf**
- **Samstag 29. November 11.30 Uhr: SPD-Kreisparteitag / Wahlparteitag Kreis Segeberg, im Margaretenhoff, Sengel 1 in 24629 Kisdorf**
- **Samstag 6. Dezember 10.00 Uhr: Info-Stand, Marktplatz in 23843 Bad Oldesloe**
- **Samstag 13. Dezember 10.00 Uhr : Info-Stand, Marktplatz in 23795 Bad Segeberg**

Der Bundestag stellt sich vor



SPD-MdB Franz Thönnnes und Sparkassen-Filialleiter Oliver Ruddigkeit

Mit dem Zitat von Gottfried Keller „Keine Regierung und keine Bataillone vermögen Recht und Freiheit zu schützen, wo der Bürger nicht imstande ist, selber vor die Haustür zu treten und nachzusehen, was es gibt“, eröffnete Franz Thönnnes die Wanderausstellung „Der Deutsche Bundestag – unsere Abgeordneten“ in der Sparkasse Holstein in Bad Oldesloe.

Vom 3. bis 7. November 2008 bot die Ausstellung während der Öffnungszeiten der Sparkasse Aufklärung über die Arbeit und die Aufgaben des Berliner Parlamentes. Umfassendes Prospekt- und Broschürenmaterial ergänzte die Ausstellung und lag zur kostenlosen Mitnahme bereit. Auf insgesamt 20 Schautafeln wurde in Texten, Bildern und Graphiken unter anderem über die Geschichte der Demokratie, Erläuterung des Wahlsystems und die Tätigkeitsfelder der Abgeordneten informiert.

Eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern sowie Schulklassen machten von dem guten Angebot des Deutschen Bundestages in der Sparkasse Gebrauch.

Zu Gast beim Kreissozialausschuss Segeberg

Entwicklung der ARGEN



v.l.n.R: Franz Thönnnes, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium für Arbeit und Soziales, Detlef Scheele, Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Landrätin Jutta Hartweg und Arge-Geschäftsführerin Doris Baum

mentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, einer Einladung zur Kreissozialausschuss-sitzung am 30. Oktober 2008 nach Bad Segeberg. Eindringlich schilderten die Landrätin Jutta Hartweg und die Geschäftsführerin des Leistungszentrum Christa Baum sowie die Mitglieder des Sozialausschusses die Situation. Bei unklarer Perspektive würden immer mehr gute Kräfte die ARGE verlassen, und vor dem Hintergrund des Endes der Vertragslaufzeit am 31. Dezember 2009 seien auch nur schwer neue Kräfte zu finden.

Durch ein Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 20. Dezember 2007 wurde die Zusammenlegung der Aufgaben von Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit in den sogenannten Jobcentern für verfassungswidrig erklärt.

Danach ist die 2004 erfolgte Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe unstrittig, jedoch muss die derzeitige Konstruktion der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung der ARGEN dem Urteil entsprechend bis Ende 2010 angepasst werden. Dieses Urteil hat konkrete Auswirkungen auf das Leistungszentrum Segeberg. Hier gehören von 127 Beschäftigten 56 der Bundesagentur für Arbeit und 58 dem Kreis (24) und den Kommunen (24) an. Das Problem ist die hohe Zahl der befristet Beschäftigten (51%), deren weitere Perspektive durch den am 31. Dezember 2009 auslaufenden Vertrag zwischen dem Kreis Segeberg und der Bundesagentur für Arbeit stark beeinflusst wird. Der Kreis Segeberg möchte den Vertrag für ein Jahr, bis zum 31. Dezember 2010 verlängern. Vor dem Hintergrund der Verfassungswidrigkeit der jetzigen Konstruktion und der erklärten Absicht von Bund und Ländern, zügig eine Verfassungsänderung vorzunehmen und in den Grundzügen an dem ARGE-Modell einer gemeinsamen Betreuung und Vermittlung der Arbeitslosen festzuhalten, wird es dies jedoch nicht geben können. Um sich über den aktuellen Sachstand zu informieren, folgte Franz Thönnnes, MdB und Parla-

Thönnnes sicherte zu, sich in Berlin um eine zeitnahe Lösung zu kümmern. Zwischenzeitlich konnte erreicht werden, dass die befristeten Mitarbeiter der BA, bei denen dies möglich ist, über dieses Datum hinaus beschäftigt werden können, wenn sie mit der Aufgabenwahrnehmung aus dem SGB II betraut. Thönnnes: „Das ist ein erster Schritt um mehr Planbarkeit zu erreichen“. Im Kern könnten eigentlich alle Verträge verlängert werden, so Thönnnes, da selbst im Falle einer getrennten Aufgabenwahrnehmung die Arbeit ja sowohl für die BA wie auch für die Kommunen anfallen.“ Im Kreis Segeberg ist dies jedoch komplizierter, wie Staatssekretär Detlef Scheele aus dem BMAS und Franz Thönnnes bei einem Besuch der Landrätin am 24. November 2008 erfuhren. Da der Kreis erheblich mehr Personal bislang einbringt als eigentlich für Arbeiten im Bereich der „Kosten der Unterkunft“ notwendig sei, könne man nicht ohne weiteres für dieses Personalvolumen Vertragsverlängerungen wie die BA machen. Auch erfülle mancher befristeter Mitarbeiter nicht mehr die individuellen Voraussetzungen einer weiteren Befristung. Scheele und Thönnnes sicherten nach erfolgreicher konkreter Beschreibung der aktuellen Befristungslage zu in Berlin an einer Lösung zu arbeiten. Beide wiesen daraufhin, dass man in der Richtung völlig übereinstimme, was auch darin zum Ausdruck komme, dass gerade erst in den Haushaltsberatungen 1.900 neue Vermittlerstellen und 9.700 Entfristungen verteilt über drei Jahre vorgenommen werden können. 2010 solle der Befristungsanteil dann nur noch bei 10 % liegen.

Jugendfeuerwehren aus Segeberg und Stormarn in Berlin

SPD-MdB Franz Thönnnes dankt jungen Ehrenamtlern

Weder ein Notruf noch ein Brand brachte 50 Jugendliche und ihre Betreuer aus den Jugendfeuerwehren Segeberg und Stormarn in der letzten Woche in den Deutschen Bundestag. Die jungen Feuerwehrmänner und -frauen folgten einer Einladung von Franz Thönnnes, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales. „Das war das Ergebnis eines Treffens mit dem Kreisfeuerwehrverband Segeberg zu Beginn des Jahres 2008. Wir sprachen über die Notwendigkeit einer aktiven Nachwuchswerbung für die Freiwilligen Feuerwehren und ich wollte deshalb mit meiner Einladung Anerkennung und Dank für das ehrenamtliche Engagement der jungen Kameradinnen und Kameraden und ihre Führungskräfte zeigen.“, so der SPD-Politiker. Nach dem Besuch im Plenarsaal nahm sich Thönnnes Zeit, mit seinen Gästen aktuelle politische Themen zu diskutieren. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen Fragen zur Arbeit eines Bundestagsabgeordneten, der Förderung des Ehrenamtes sowie der Organisation der Ausbil-

dung junger Feuerwehrleute. Weitere Programmpunkte der dreitägigen Fahrt waren Besuche in den Bundesministerien Arbeit und Soziales, des Inneren sowie Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Hinzu kam eine Führung durch die Landesvertretung Schleswig-Holstein sowie die Besichtigung der SPD-Parteizentrale, des Willy-Brandt-Hauses. Tief beeindruckt waren die Jugendlichen vom Denkmal für die ermordeten Juden Europas an der Cora-Berliner-Straße. Zweimal im

Jahr lädt Franz Thönnnes 50 Bürgerinnen und Bürger aus seinem Wahlkreis zu einem interessanten Mix aus Politik und Kultur nach Berlin ein. Organisiert werden die Fahrten durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. „Das war wieder einmal eine gute Möglichkeit für Segeberger und Stormarner, interessante Eindrücke aus der Werkstatt der Demokratie zu erhalten und gleichzeitig jungen Ehrenamtlern Respekt und Anerkennung für ihren Einsatz zu zeigen“, so Thönnnes. Eine der Touren für das Jahr 2009 ist jetzt schon für aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie Mitglieder von Betriebsräten vorgesehen.



Betriebs- und Personalrätetreffen

Wie im letzten Thönnnes-Info-Brief angekündigt, fanden im Oktober 2008 gleich vier Betriebs- und Personalrätetreffen statt, an denen Franz Thönnnes, MdB und Parlamentarischer Staatssekretär, teilnahm bzw. zu denen er einlud und auch DGB-Vertreter präsent waren.

Thematisch ging es um den Bereich „Gute Arbeit“, mit den Schwerpunkten „Beschäftigungsfähigkeit erhalten – Gesunde Arbeit gestalten“ und „Gute Vermittlung vor Ort“. Diese beiden Themen müssen angesichts der aktuellen Arbeitsmarktsituation verstärkt in den Vordergrund gestellt werden. Im Bund ist die Arbeitslosigkeit im Jahresvergleich um 436.000 zurückgegangen. In Schleswig-Holstein sind es 8.100 Arbeitslose weniger als im vergangenen Jahr und gerade in den Kreisen Segeberg und Stormarn und in einigen Regionen wie Reinbek liegen die Arbeitslosen-

quoten bei 3,4 %. Franz Thönnnes: „Das erfreut. Damit darf sich aber nicht zufrieden geben werden, sondern es muss sich jetzt ganz besonders um jene gekümmert werden, die besondere Hilfe brauchen. Dafür hat die Große Koalition mehrere Programme von JobPerspektive, Ü 25, 50plus bis zum Ausbildungsbonus aufgelegt.“ Andererseits ist in Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit bereits jetzt schon in Teilbereichen ein Fachkräftemangel spürbar. Hinzu kommt der demografische Wandel. Bis 2030 werden in Deutschland 5,5 Mio. weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter leben. Schon in fünf Jahren scheiden mehr Beschäftigte aus dem Arbeitsleben aus, als neue einsteigen. In einigen Regionen sind die Zahlen der Ausbildungsplatzbewerber bereits um bis zu 20 % gesunken. Alle Unternehmen müssen sich also auf ältere Beschäftigungsstrukturen einstellen. Es muss

Betriebs- und Personalrätetreffen

gemeinsam daran gearbeitet werden, die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. „Das heißt gesunde Arbeit und gleitende Übergänge in die Rente. Das heißt Weiterbildung und altersgerechte Arbeitsbedingungen. Das heißt Prävention und Rehabilitation. Unterstützt wurden die Veranstaltungen auch von Manfred Konrad, Koordinator des Projektes „Gesunde Arbeit Segeberg“, das über das Bundesarbeitsministerium gefördert wird.

Es geht um gute Arbeit, um Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherheit der Arbeitsplätze“ führt Franz Thönnnes die bevorstehenden Aufgaben der Politik und der Arbeitgeber zusammen. Dazu gibt es einen gesetzten rechtlichen Rahmen, Initiativen, Modellprojekte des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, wie das Projekt



„Gesunde Arbeit Segeberg“ sowie Überlegungen der SPD-Bundestags-



Franz Thönnnes mit Teilnehmern auf einem Betriebs- und Personalrätetreffen in Kaltenkirchen

fraktion. Darüber mit den Betriebs- und Personalräten zu diskutieren, war das Ziel dieser Veranstaltungen, und diese Möglichkeit wurde von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen auch rege in Anspruch genommen.

Schweigemarsch in Bad Segeberg: 70. Jahrestag der Reichspogromnacht



Franz Thönnnes am 9. November 2008 beim Schweigemarsch in Bad Segeberg

Am Sonntag, den 9. November 2008 jährte sich die Reichspogromnacht zum 70. Mal. In Gedenken an die Opfer dieses unvorstellbaren Ereignisses fand in Bad Segeberg wie jedes Jahr eine Kranzniederlegung am ehemaligen Standort der Synagoge in der Lübecker Straße statt. Zum diesjährigen Gedenken hatte das Segeberger „Bündnis für Demokratie und Toleranz - Bündnis gegen Rechts“ darüber hinaus dazu aufgerufen, sich nicht nur zahlreich an der Gedenkfeier zu beteiligen, sondern auch an einem Schweigemarsch von der alten zur neuen Synagoge teilzunehmen um so beide Orte symbolisch zu verbinden. Ca. 200 Teilnehmer, darunter auch SPD-MdB Franz Thönnnes und viele weitere Sozialdemokraten und Jusos folgten dem Aufruf und setzten ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und rechte Gewalt. In der neuen Synagoge richteten Vertreter der jüdischen Gemeinde und Vertreter anderer Glaubensrichtungen in Gedenken Worte an die Anwesenden. Anschließend wurden die Namen der durch den Terror der Nationalsozialisten umgekommenen jüdischen Gemeindeglieder von den Anwesenden verlesen. Zum Abschluss gab es die gut genutzte Möglichkeit, sich bei gemeinschaftlichem Zusammensein miteinander auszutauschen und die neuen Räumlichkeiten der Synagoge kennenzulernen. Mit der regen Beteiligung am Trauermarsch haben die Segeberger deutlich gemacht, dass sie sich ihrer Verantwortung bewusst sind und ein wichtiges Zeichen im Kampf gegen Rechtsextremismus und jede Verharmlosung der Verbrechen des Faschismus gesetzt.

Bürgerbüro

Oldesloer Straße 20
23795 Bad Segeberg
Tel.: 04551—968383
Fax.: 04551—967338

E-Mail: buergerbuero@thoennes.de

Berliner Büro

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
10557 Berlin

Tel.: 030—227—71128

Fax.: 030—227—76828

E-Mail: franz.thoennes@bundestag.de



**Euch allen ge-
ruhsame Weih-
nachtstage und
einen guten
Start ins Neue
Jahr**

**Berliner Dialog
Gewerkschaftsjunior zu
Gast bei SPD-MdB Franz
Thönnnes**

„Das war eine gute Gelegenheit mal nah an der realen Politikgestaltung dran zu sein“, so IG-Metall-Gewerkschaftsjunior Christian Steffen (35) aus Frankfurt/Main zum Berliner Dialog zwischen SPD-Bundestagsfraktion und jungen Gewerkschaftern, welcher vom 9. bis zum 14. November 2008 in Berlin stattfand. Franz Thönnnes, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, ergänzt: „Das Band zwischen SPD und Gewerkschaft ist ein wichtiger Pfeiler für unsere politische Arbeit, und da ist es gut auch mal zu sehen, wie auf der anderen Seite die politischen Meinungsbil-

dung- und Handlungsprozesse ablaufen“. Seit Jahren gibt es von allen Bundestagsfraktionen die Kooperation beim Austausch mit jungen Führungskräften der Wirtschaftsjunioren der Industrie- und Handelskammern. Die guten Eindrücke hiervon wurden nun von der SPD-Bundestagsfraktion zum dritten Mal auf junge Hauptamtliche aus den Gewerkschaften ausgeweitet. Thönnnes: „Ich habe hervorragende Erfahrungen mit den Wirtschaftsjunioren. Dies wurde jetzt in letzter Zeit durch ebenso gute Eindrücke beim Austausch mit den Gewerkschaftsjunioren ergänzt. Deshalb habe ich mich auch jetzt gerne wieder beteiligt.“ Ziel des Seitenwechsels war es, die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten sowie das Gesetzgebungsverfahren in der Praxis erleben zu können. So standen die Teilnahme an Arbeitsgruppen-, Ausschuss- und Plenarsitzungen genauso auf

der Tagesordnung wie die Begleitung zu politischen Themenveranstaltungen. Auch fanden Gespräche mit den SPD-Bundesministern Peer Steinbrück und Olaf Scholz und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck statt. Christian Steffen: „Diese Erlebnisse und die neuen Kontakte sind positive Anknüpfungspunkte für die weitere Zusammenarbeit. Man gewinnt mehr Verständnis für die unterschiedlichen Meinungsbildungsprozesse und Entscheidungen. Das ist auch gut für die eigene Arbeit.“ „Nach dieser interessanten Woche ziehen wir eine positive Bilanz. So lässt sich der Dialog zwischen Gewerkschaften und SPD stärken. Das ist wichtig, um zusammen für übereinstimmende Positionen, wie z.B. den Mindestlohn oder die Bekämpfung des Missbrauchs von Zeit- und Leiharbeit zu kämpfen“, betonen Franz Thönnnes und Christian Steffen abschließend.

Auf „Wien“ ersehen!

Im September 2008 gab es für einen Monat eine Teamaufstockung im Berliner Abgeordnetenbüro. Als Praktikantin hatte die aus Bargteheide stammende Wiener Studentin Hanna Gartenschläger die Möglichkeit, Franz Thönnnes bei verschiedensten Terminen in der Sitzungswoche zu begleiten. Darüber hinaus bearbeitete die Zwanzigjährige täglich anfallende Arbeit mit und besuchte Plenar- und Ausschusssitzungen. „Wir wollen Hanna Einblicke in die parlamentarische Arbeit geben, aber auch selber von ihren Kenntnissen im Medienbereich profitieren“ so Franz Thönnnes. Nach dem Praktikum ging es für Hanna zurück nach Wien, um das Studium der Theater-, Film- und Medienwissenschaften fortzuführen. „Die Zeit hier ging zwar sehr schnell vorbei, aber ich werde von den Eindrücken noch lange etwas haben“, sagt Hanna abschließend über ihr Praktikum.

www.thoennes.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Franz Thönnnes

Redaktion: Franz Thönnnes, Flemming Krause

Redaktionsadresse:

Berliner Büro, Platz der Republik 1, 10557 Berlin